

Prof. Dr. Helmut Philipp Aust

Seminar im Sommersemester 2017

„Das Verfassungsrecht der auswärtigen Beziehungen im Wandel?“

Seit einigen Jahren wird eine zunehmende Verbindung zwischen der Innen- und Außenseite des Staates konstatiert. Dies hat Rückwirkungen auf die Diskussionen um die sog. „auswärtige Gewalt“ und die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für das auswärtige Handeln des Staates. Die immer stärkere Europäisierung und Internationalisierung der deutschen Rechtsordnung wird verfassungsrechtlich durch die Prinzipien der „Völker- und Europarechtsfreundlichkeit“ des GG verarbeitet.

Entwicklungen der jüngeren Zeit setzen ein Fragezeichen hinter diese Entwicklungen. Die zunehmende Kritik an Freihandelsabkommen und das Aufkommen neuer populistischer Strömungen sind nur zwei Faktoren, die die scheinbar ausweichliche und immer weiter voranschreitende Öffnung des Staates in Frage stellen. Auch in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts finden sich zunehmend Elemente der Stärkung der nationalen Souveränität, wie z.B. durch die Inbezugnahme der sog. „Verfassungsidentität“. Das Seminar greift diese Fragestellungen auf und stellt sie in einen rechtsvergleichenden Kontext mit Entwicklungen in anderen Verfassungsstaaten.

Das Seminar wird verblockt am 29. und 30. Juni 2017 stattfinden.

Vorbesprechung und Themenvergabe: Dienstag, 7.2.2017, 15-16 Uhr, Raum 2216

Um Voranmeldung per E-Mail unter Angabe des Semesters wird gebeten:

sekretariat.aust@rewiss.fu-berlin.de

Themenliste:

- I. Gewaltenteilung im Bereich der auswärtigen Gewalt
 1. Grund und Grenze parlamentarischer Informationsrechte im Bereich der Rüstungsexportkontrolle (BVerfGE 137, 185)
 2. Parlamentarisches Untersuchungsrecht und völkerrechtliche Geheimschutzabkommen (BVerfG v. 13.10.2016 – 2 BvE 2/15)
 3. Die Ausweitung parlamentarischer Beteiligungs- und Informationsrechte bei völkerrechtlichen Verträgen in einem besonderen Näheverhältnis zum Recht der Europäischen Union (BVerfGE 134, 366)
 4. Verfassungsrechtliche Probleme gemischer Abkommen der EU und ihrer Mitgliedstaaten (BVerfG v. 13.10.2016 – 2 BvR 1368/16)
 5. Verfassungsbeschwerden gegen völkerrechtliche Verträge – Voraussetzungen und Grenzen am Beispiel der Entscheidung des BVerfG über das Zustimmungsgesetz zum Übereinkommen des Europarat gegen Computerkriminalität (BVerfG v. 21.6.2016 – 2 BvR 637/09)

II. Völker- und Europarechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes

6. Völkerrechtsfreundlichkeit vs. Normenhierarchie? Zur Zulässigkeit sog. „Treaty Overrides“ (BVerfG v. 15.12.2015 – 2 BvL 1/12)
7. Verfassungsidentität und Europarechtsfreundlichkeit am Beispiel des Europäischen Haftbefehls (BVerfGE 140, 317)
8. Verfassungsrechtliche Grenzen der Übernahme internationaler finanzieller Verpflichtungen (BVerfGE 129, 124)
9. Dynamiken der ultra vires-Kontrolle: von Honeywell zu OMT (BVerfGE 126, 286; 134, 366; 2 BvR 2728/13 u.a. v. 21.6.2016)
10. Das Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 II GG zwischen europäischen Vorgaben und neuen Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung (BVerfG v. 17.1.2017 – 2 BvB 1/13)
11. Verfassungsrechtliche Grenzen der Übermittlung von Daten an ausländische Stellen (BVerfG v. 20.4.2016 – 1 BvR 966/09 und 1 BvR 1140/09)

III. Fragen des bewaffneten Einsatzes der Streitkräfte

12. Wehrverfassungsrechtlicher Parlamentsvorbehalt und Bündnisfähigkeit (BVerfGE 140, 160)
13. Individuelle Entschädigungsansprüche für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht nach nationalem und internationalem Recht? (BVerfG (K) v. 2 BvR 2660/06 und 2 BvR 487/07 v. 13.8.2013)

IV. Rechtsvergleichende Perspektiven

14. Eine Wesentlichkeitslehre im Vereinigten Königreich? Zu den innerstaatlichen Voraussetzungen der Erklärung nach Art. 50 EUV nach den Urteilen des High Courts und des Supreme Courts (u.a. [2017] UKSC 5)
15. „Deference to the Executive“ im US-amerikanischen Verfassungsrecht am Beispiel der Entscheidung *Zivotofsky v. Kerry* (576 U.S. ____ (2015))